

# Kategorischer Negativ

Gekürzt in: Die Presse, 10.1.2022, S. 22

**Kickl statt Kant muss im Kontext der Impfung gegen Covid-19 nicht automatisch eine schlechte Entscheidung sein – solange man diese ernst nimmt und vor allem die Konsequenzen eines gekündigten Gesellschaftsvertrags nicht scheut.**

Auf den derzeit stattfindenden Corona-Demonstrationen scheint es zum Markenkern ihrer Gallionsfiguren zu gehören, sich in erster Linie gegen den gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Konsens unserer Zeit in Stellung zu bringen. Dies könnte ja grundsätzlich eine wichtige, weil kritische, kontrollierende Funktion im Sinne der Position eines *advocatus diaboli* sein – wenn da nicht die demagogische Faktenferne wäre: Es ist eine hoch selektive Verwendung und suggestive Verdrehung von Tatsachen samt ihrer vorsätzlichen Vermischung, die jenen explosiven Mix fernab einer eindeutigen Unterscheidung zwischen Wahrheit und Lüge entstehen lässt, für den sich heute die Bezeichnung *fake news* durchgesetzt hat.

Fortgesetzte Beobachtungen der sich Woche für Woche wiederholenden Szenen verdichten sich mittlerweile zum Eindruck, es würden vor allem öffentlich zur Schau getragene, private Befindlichkeiten oberflächlich als Kritik verkleidet, um ihnen wenigstens auf den ersten Blick zu mehr Legitimität in der Debatte zu verhelfen: Gefühlte Besorgnis immunisiert sich hier durch die Autorität der ersten Person gegen faktenorientiertes, Denken und bedarf – scheinbar – keiner weiteren Begründung. Sie begnügt sich damit, »dagegen« zu sein. Da dieses NEIN aber keineswegs ausreicht, um als echte Kritik zu gelten, wendet es sich in Form eines von Immanuel Kants »kategorischem Imperativ« inspirierten »kategorischen Negativ« gegen die Gegner selbst.

Während Kant bekanntlich gefordert hatte, nur nach derjenigen Maxime zu handeln, von der man zugleich wollen könne, dass sie ein allgemeines Gesetz werde, ließe sich in diesen Tagen *ex negativo* formulieren: Handle vernünftigerweise stets so, wie es den von allen möglichen Propheten auf Corona-Demonstrationen verkündeten Maximen NICHT entspricht, weil man davon vermutlich wollen kann, dass es ein allgemeines Gesetz wird. Mit anderen Worten, es ließe sich für das praktische, vernunftgeleitete Handeln als Empfehlung aussprechen: Wer das Gegenteil von dem tut, was auf den Corona- Demos an vorderster Front gebrüllt und gefordert wird, liegt mit hoher Wahrscheinlichkeit ziemlich oft richtig (oder zumindest nicht ganz falsch).

## Einsame Freiheit

Wenigstens in dieser Hinsicht können die Proponenten der Proteste mit ihrem problematischen Plädoyer für eine einsame Form der Freiheit beiden Seiten zur Orientierung dienen – also sowohl der demonstrierenden, lautstark Solidarität einfordernden Minderheit, als auch der sich besonnen in Solidarität übenden Mehrheit. Schließlich ist die von den Demonstranten geforderte »Freiheit« vor allem dazu gedacht, sich selbst aus Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft zu »befreien«. Wer aber diese Loslösung fordert, sollte im Gegenzug bereit sein, die aus der Zugehörigkeit zum Gemeinwesen resultierenden Ansprüche aufzugeben.

Folgerichtig ist die Alternative zur (legitimerweise) kritisierten, moralischen und vielleicht bald gesetzlichen Pflicht zur Impfung gegen Covid-19 eine konsequent gedachte einsame Freiheit eines Einzelnen, der im Fall einer Erkrankung das verhasste System sozialer Sicherung nicht in Anspruch nimmt, denn: Glaubwürdig sind solche Rufe nach Freiheit (auch als *costly signal* im spieltheoretischen Sinne) nur, wenn man bereit ist, die Konsequenzen in Kauf zu nehmen. Bei bester Gesundheit gegen das System mobil zu machen, dieses im Krankheitsfall jedoch in Anspruch zu nehmen ist keineswegs »kritisch«, sondern schlicht inkonsequent.

Insofern wäre es aus Sicht des Gemeinwesens konsequent, den Verzicht auf (präventive) Immunisierung in einem ersten Schritt mit einem ebensolchen Verzicht auf (kurative) Krankenhausbehandlung junktimieren, denn: Erstens ist die Auslastung der Spitalsbetten ein oft genannter Indikator. Zweitens zeigte sich so, wer sich wirklich auf sein eigenes Immun- und nicht doch insgeheim auf das öffentliche Gesundheitssystem verlässt. Und drittens reduzierte es die Gefahr, dass Strafen (wie die geplanten) nicht abschrecken, sondern als in Kauf genommener »Preis« und damit als Legitimation für unsolidarisches Handeln gesehen werden.

## Kollektive Belastungsprobe

Wer als Demo-Teilnehmer dann einwendet, dass damit die Büchse der Pandora geöffnet sei und eine Ausweitung des Prinzips der Entsolidarisierung auf andere Formen selbstschädigenden Verhaltens wie Rauchen, Alkoholkonsum etc. angewendet werden könne, um mit diesem »Dammbruchargument« den Gedankengang *ad absurdum* zu führen, möge sich einerseits das Wesen einer Pandemie, wie sie gerade unsere Gesellschaft und ihr Gesundheitssystem an die Grenze der Belastbarkeit treibt, vor Augen führen, und sich andererseits erinnern, wo die dementsprechenden Forderungen ihren Ausgang genommen haben.